

Marnette Consulting GmbH | Schellerdamm 16 | 21079 Hamburg

Aufsichtsrat der HSH Nordbank AG

Dr. Thomas Mirow  
Silke Grimm  
Dr. Klemmt-Nissen  
Dr. Philipp Nimmermann  
Jörg Wohlers

Olaf Behm  
Stefan Jütte  
Dr. David Morgan  
Elke Weber-Braun

Stefanie Arp  
Simone Graf  
Rieka Meetz-Schawaller  
Klaus-Dieter Schwettscher

Sabine-Almut Auerbach  
Peter Axmann  
Stefan Schlatermund

20079 Hamburg

Per Fax : 040/ 333310070  
0431/90034002

Hamburg/Scharbeutz, den 07. Dezember 2015

**Neustrukturierung der HSH Nordbank AG und Portfolioübernahme durch die Länder**

**Entscheidung der Landesparlamente Hamburgs und Schleswig-Holsteins**

Sehr geehrter Herr Dr. Mirow, sehr geehrte Damen und Herren,

nach der Verständigung der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein mit der Europäischen Kommission im Beihilfeverfahren zur HSH Nordbank AG beabsichtigen die Landesregierungen Hamburgs und

Schleswig-Holsteins, kurzfristig die parlamentarische Zustimmung für eine Neustrukturierung der HSH und Portfolioübernahme durch die Länder einzuholen.

Die Vereinbarung mit der EU beruht auf der gemeinsamen Erkenntnis, dass das im Jahre 2009 eingeleitete Sanierungskonzept für die HSH Nordbank endgültig gescheitert und die Bank im beihilferechtlichen Sinne nicht überlebensfähig ist.

Im Kern sieht die Vereinbarung vor, dass die Bank in zwei Einheiten aufgeteilt wird und die Bürger Hamburgs und Schleswig-Holsteins über eine Anstalt öffentlichen Rechts die „faulsten“ Kredite/Portfolien der HSH in Milliardenhöhe übernehmen.

„Die Bank ist lebensfähig, wenn sie bereinigt ist“, kommentierte der HSH-Vorstandsvorsitzende die Entscheidung der Landesregierungen, ohne dies anhand einer Unternehmensplanung und –bewertung zu belegen.

Im übrigen wäre es nach 2009 die zweite Anstalt öffentlichen Rechts, welche die beiden Länder zur „Sanierung“ der HSH gründen. Die erste weist bereits einen Fehlbetrag von fast 2 Mrd. Euro auf.

Die beiden Landesregierungen handeln jetzt unter dem Druck der EU-Kommission, nachdem sie über Jahre die negative Entwicklung der Bank billigend in Kauf genommen und Chancen der Gegensteuerung nicht genutzt haben. Sie verließen sich offensichtlich unkritisch auf den Vorstand und Aufsichtsrat der Bank, die unaufhörlich bemüht waren, ein positives Bild zu zeichnen und dem Bürger eine erfolgreiche Sanierung seit 2009 vorzutäuschen.

So auch in der jüngsten Veröffentlichung der Bank am 04. Dezember 2015: „Solider Trend – HSH Nordbank nach neun Monaten mit 110 Millionen Euro Vorsteuergewinn“. Tatsächlich hat die Bank erneut einen hohen operativen Verlust eingefahren und kann – wie in den letzten Jahren – den Gewinn nur durch Einrechnung der von den Bürgern gewährten Garantien bei der Risikovorsorge darstellen.

Offenbar soll durch weiteres Beschönigen – wie in 2009 – kurz vor der erneuten Entscheidung der Länderparlamente die wahre Finanz- und Ertragslage der Bank verschleiert werden. Anders sind die jüngsten Aussagen des Vorstands nicht zu interpretieren:

*„Wie hoch die Endrechnung für die Eigentümer aussieht, werden wir erst in vielen, vielen Jahren wissen“, sagte Finanzvorstand Stefan Ermisch.(...).Vorstandschef Constantin von Oesterreich bestätigte Vermutungen, dass die Länder jene Papiere übernehmen, die sich am Markt derzeit gar nicht oder nur schlecht verwerten lassen. Die werthaltigeren Kredite werde die Nordbank behalten oder auf dem Markt zu Geld machen.(...). Wir müssen die Lösung finden, die der Bank am meisten nutzt. Ein Aufhübschen der Braut liege im Interesse der Länder, da diese*

*beim geplanten Verkauf im Jahr 2018 einen höheren Preis erzielen könnten. Ermisch griff zu einem anschaulichen Bild: „Wenn sie ein Auto verkaufen wollen, treten sie nicht vorher noch eine Beule rein.“ (HSH –Pressekonferenz am 04.12.2015 - Zitat aus shz.de)*

Solche Aussagen des Vorstands sind unverantwortlich und dürften nur dem Zweck dienen, die tatsächlichen Drohbelastungen aus der HSH von mindestens 25 Mrd. Euro gegenüber dem Bürger und damit gegenüber den Parlamenten zu verschleiern.

Damit hat der HSH-Vorstand endgültig seine Glaubwürdigkeit verloren. Somit ist auch zu bezweifeln, dass er sich ernsthaft um Lösungen bemüht hat, welche tatsächlich zu einer Minimierung der Belastung der Bürger Hamburgs und Schleswig-Holsteins führen könnten.

Ich erwarte daher, dass Sie als Aufsichtsräte der HSH Nordbank den Vorstand abmahnen, ihn unverzüglich zu einer wahrheitsgemäßen Darstellung der Finanz- und Ertragslage der Bank und aller Risiken auffordern und bei weiterem Verstoß gegen die ihm gesetzlich aufgetragenen Verpflichtungen entlassen.

Leider lassen auch die Landesregierungen erhebliche Defizite in der Kommunikation ihrer wahren Absichten erkennen, wodurch der Eindruck entstehen muss, dass bis 2018 erneut nur auf Zeit gespielt werden soll. So bleiben sie bei der Beschreibung (Drucksachen: 18/3572 bzw. 21/2177) der tatsächlichen Situation der HSH sowie deren milliardenschweren Risiken und bei der inhaltlichen Darstellung der geplanten Neustrukturierung der HSH und Portfolioübernahme durch die Länder äußerst oberflächlich. Unverzichtbare Informationen über die Art und Struktur der Kredite/Portfolien sowie die geplante Struktur und Entwicklung der Holding- und der operativ tätigen Tochtergesellschaft werden vorenthalten. Planungsdaten und Bewertungen fehlen völlig. Ohne dies zahlenmäßig zu belegen, wird behauptet, dass dies die vermögensschonendste Lösung sei.

Wie bereits beim Sanierungskonzept 2009, sind diese schwerwiegenden Informationsdefizite möglicherweise wieder darauf zurückzuführen, dass die Bank den Landesregierungen Detailinformationen vorenthalten hat, weil es sich angeblich um Bankgeheimnisse handelt. Damit wäre erneut die Entscheidungsvorlage für die Parlamente sachlich nicht abgesichert.

Auch geben die Landesregierungen keinen Hinweis darauf, dass sie mit dem Bund ernsthaft über eine Beteiligung bei der Lösung des HSH-Problems verhandelt haben. Immerhin ist auch der Bund in der Pflicht, weil er die Bank für systemrelevant erklärt hat und in vergleichbaren Fällen unterstützend tätig geworden ist.

Ebenso unverantwortlich ist, dass die Landesregierungen die Alternative einer geordneten Abwicklung konkret nicht untersucht, sondern von vornherein ausgeschlossen haben. Dabei bietet die Abwicklung auf Basis der neuen Gesetzgebung die notwendige Transparenz, was jetzt nicht der Fall ist. Auch wären für die Belegschaft erhebliche Vorteile gegeben. Denn Agonie, Problemverschleppung und Ungewissheit, wie sie bei dem Lösungsweg der Landesregierungen zu erwarten sind, verursachen für die Mitarbeiter(innen) ein Höchstmaß an Belastung.

Ich unterstelle, dass Sie als Aufsichtsrat der HSH Nordbank das Vorhaben der beiden Landesregierungen hinsichtlich der rechtlichen Zulässigkeit und der sachlichen Richtigkeit pflichtgemäß und Ihrem gesetzlichen Auftrag entsprechend geprüft und dies durch einen Aufsichtsratsbeschluss belegt haben. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Parlamente beider Länder – wie bereits im April 2009 – auf Basis einer mangelhaften Vorlage entscheiden und somit den politisch verantwortlichen Landesregierungen und der Bank erneut einem Blankoscheck ausstellen würden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Werner Marnette

cc.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz

Ministerpräsident Torsten Albig